



Baden-Württemberg

Stuttgart, 31. Mai 2005

Grüne Landesvorsitzende zu Arbeitskreis der AKW-Standortgemeinden:

Abenddämmerung statt Morgenluft

„Die Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen ‚wittern Morgenluft‘ für die Laufzeiten ihrer AKWs, wenn sie an die Neuwahlen denken? Wir empfehlen dringend, nicht auf solche Gefühligkeiten, sondern auf den Sachstand zu achten“, erwiderte die Landesvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, Sylvia Kotting-Uhl, auf die Äußerungen des Arbeitskreisvorsitzenden Wolfgang Mayer.

„Wie im Fall von Obrigheim von einem ‚Bauernopfer‘ und einer verfehlten Energiepolitik zu sprechen,“ so Kotting-Uhl weiter, „ist angesichts dessen, dass der Atomkonsens ein langfristiger, langwierig ausgehandelter und sowohl von der Politik als auch von der Energiewirtschaft gemeinsam verabschiedeter Prozess ist, eine völlige Verkennung der Situation.“

Dieser Ausstieg sei auch unter einer anderen als einer rot-grünen Bundesregierung „nicht ohne weiteres rückgängig zu machen, nur weil einige es wollen“, fügte die grüne Landesvorsitzende angesichts jüngster Äußerungen der LandesministerInnen Tanja Gönner und Stefan Hauk zu Obrigheim beziehungsweise der des Bürgermeisters von Neckarwestheim, Mario Dürr, zum Block I des Gemeinschaftskernkraftwerks GKN hinzu.

Die Euphorie der Standortgemeindenvertreter angesichts eines möglichen politischen Wechsels auf Bundesebene solle „doch nicht darüber hinwegsehen, dass der Atomkonsens in Kombination mit den Erneuerbaren Energien im Sinne von Klimaschutz und Versorgungssicherheit eine Verbesserung für die Bürger“ bedeute.

Sich auf die energiepolitischen Gegebenheiten „nicht nur mental, sondern auch in der Geschäftspolitik endlich einzustellen“, sei daher für die Standortgemeinden dringend erforderlich, betonte Sylvia Kotting-Uhl. Stattdessen Transporte zur Wiederaufnahme

Pressesprecherin Susanne Roßbach
Forststr. 93, 70176 Stuttgart
Fon: 0711/9 93 59 – 0
Fax: 0711/9 93 59 99
Internet: <http://www.gruene-bw.de>
Mail: presse@gruene-bw.de

der Wiederaufbereitung in Sellafield zu fordern, bewertete die Landsvorsitzende der Südwestgrünen angesichts des letzten dramatischen Zwischenfalls in der britischen Anlage mit etwa 83 000 Litern ausgelaufener hoch radioaktiver Flüssigkeit als „einfach nur zynisch“.

„Diese neuerliche Havarie – diesmal mitten in Europa – sollte als letztes Warnsignal ausreichen, um nicht mehr darum herum zu diskutieren, dass wir in Deutschland mit dem Atomausstieg auf dem völlig richtigen Weg sind“, so Kotting-Uhl abschließend.